

Antrag 75/II/2025**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Steuergerechtigkeit nicht nur beschließen, sondern umsetzen!****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Landesgruppe (Konsens)**

1 Die SPD Deutschland setzt sich im Rahmen ihrer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene mit Nachdruck und
 2 Priorität für die schnellstmögliche Umsetzung der bereits
 3 beschlossenen Reformen für ein (geschlechter-)gerechtes
 4 Steuersystem in Deutschland ein. Dies gilt insbesondere
 5 im Hinblick auf Steuern auf die Weitergabe von Vermögen
 6 wie die Erbschafts- und Schenkungssteuer.
 7

8 Konkret wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert,
 9 sich öffentlich und in Verhandlungen mit den Koalitions-
 10 onspartner*innen konsequent für die Umsetzung der im
 11 Bundeswahlprogramm 2025 und in den Beschlüssen des
 12 Bundesparteitags vom Juni 2025 festgelegten Maßnah-
 13 men einzusetzen. Dazu gehört insbesondere die effektive
 14 Mindestbesteuerung für große Unternehmensvermögen,
 15 um die vom Bundesverfassungsgericht monierten, unge-
 16 recht fertigten Privilegien für die höchsten Vermögen zu
 17 beenden.
 18

19 Ebenfalls nötig ist der Einsatz für weitergehende Forde-
 20 rungen auf Grundlage der Konzepte aus dem Berliner An-
 21 trag „Unser Weg in ein faires Steuersystem.“ Dies beinhalt-
 22 et die Abschaffung von Ausnahmen für Erb*innen, die
 23 Schließung von Schlupflöchern z.B. Bei der Gründung von
 24 Stiftungen, sowie die Weiterentwicklung der Idee eines
 25 Grunderbes.
 26

27 Begründung

28 Vermögen ist Macht – und damit ist die Macht in Deutsch-
 29 land immer noch ungleich verteilt. Denn das Vermögen in
 30 Deutschland liegt vornehmlich in der Hand der Männer.
 31 Frauen besitzen hierzulande deutlich weniger als Männer, sowohl in der Breite der Bevölkerung als auch im Be-
 32 reich der extrem hohen Vermögen. Doch Vermögen eröff-
 33 net nicht nur wirtschaftliche Sicherheit, sondern auch Ein-
 34 fluss und gesellschaftliche Gestaltungsmacht. Die unglei-
 35 che Verteilung von Vermögen zwischen den Geschlech-
 36 tern bedeutet damit sowohl wirtschaftliche Benachteilili-
 37 gung von Frauen als auch Benachteiligung in der gesell-
 38 schaftlichen Teilhabe.
 39

40 Deutschland weist im internationalen Vergleich eine be-
 41 sonders hohe Vermögenskonzentration auf: Das reichste
 42 Prozent der Bevölkerung besitzt rund ein Drittel des Ge-
 43 samtvermögens, während die ärmere Hälfte nahezu kei-
 44 ne Vermögensbestände hat. Laut Sozio-ökonomischem
 45 Panel (SOEP) liegen zwar 43 % des Gesamtvermögens in

48 der Hand der Frauen. Doch hat die Studie „Männer, Milliarden, Macht: Wie die fehlende Besteuerung von Vermögen
49 Geschlechterungleichheit zementiert“ von Oxfam (März
50 2025) ergeben, dass 71 % der privaten Milliardenvermögen in Männerhand liegen. Männer besitzen außerdem
51 häufiger Geldvermögen, Versicherungen und insbesondere Betriebsvermögen – auf eine Frau mit Betriebsvermögen kommen drei Männer, so die Hans-Böckler-Stiftung.
52 Zum Renteneintritt besitzen Frauen obendrein nur drei
53 Viertel des Vermögens von Männern. Die Studie von Oxfam zeigt zudem, dass auch die Vermögensübertragung
54 auf die nächste Generation in 10 Prozent der untersuchten
55 Fälle geschlechtsspezifisch ungleich verfolgt und männliche gegenüber weiblichen Nachkommen bevorzugt werden.
56
63

64 Für die Übertragung großer Unternehmensvermögen gelten weitreichende Privilegien bei der Erbschaft- und
65 Schenkungssteuer, von denen Männer überproportional
66 profitieren, weil Männer größere Vermögensanteile erhalten.
67
69

70 Die Steuergesetze in Verbindung mit geschlechtsspezifischen Erb- und Schenkungspraktiken verstärken Vermögensungleichheiten zwischen Männern und Frauen in
71 Deutschland.
72
74

75 Deutschland braucht eine gerechtere Verteilung von Vermögen – sowohl insgesamt als auch speziell zwischen den
76 Geschlechtern. Dies wäre ein zentraler Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit, mehr Mitsprache und größerer Teilhabe aller Geschlechter und damit ein wichtiges Signal für
77 die Stärkung der Demokratie.
78
81

82 Die SPD hat diese Problematik klar erkannt. Das Bundeswahlprogramm hat versprochen, die höchsten Vermögen
83 stärker in die Verantwortung zu nehmen. Der letzte Bundesparteitag hat dazu in verschiedenen Anträgen, auch
84 und gerade aus Berlin, konkrete und detaillierte Reform-
85 schritte vorgelegt.
86
88

89 Beschlüsse allein schaffen jedoch noch keine Gerechtigkeit. Die bloße Verankerung im Wahlprogramm und in Be-
90 schlussbüchern ist keine Garantie für die tatsächliche Umsetzung. Um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Be-
91 nachteiligung auch aufgrund des Geschlechts nachhaltig
92 zu bekämpfen, müssen wir jetzt vom Wollen zum Handeln
93 kommen.
94
96

97 Dieser stellt deshalb keine neuen Forderungen auf, sondern fordert den konsequenten Einsatz für die Umsetzung
98 der bestehenden Beschlusslage der Partei.
99